

# Arbeiterstimme

Zugabeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostachsen

Das Organ der Arbeiterstimme ist ein monatliches Organ, das durch die Partei bezogen wird. (monatlich 3 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Postgebühren. Der monatliche Preis für den Einzelabnehmer beträgt 3 Mark. Der Preis für den Einzelabnehmer beträgt 3 Mark. Der Preis für den Einzelabnehmer beträgt 3 Mark.

1. Jahrgang Dresden, Freitag den 17. Juli 1925 Nummer 80

## Die sächsische Koalitionsregierung gegen das Streitrecht! Der Schiedspruch in der Metallindustrie durch den Landesrichter Haack für verbindlich erklärt — Die Industriellen drohen mit Aussperrung — Die Metallarbeiter Sachsens vor ernsten Entscheidungen

Seit vergangener Montag stehen in Sachsen die Metallarbeiter im Kampfe um die Verbesserung ihrer elenden Löhne. In den Dresdener Großbetrieben haben gegen 7000 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Entgegen ihrer Forderung auf Zahlung eines Grundlohnes von 80 Pf. fällt der Schiedspruch des Landesrichters Haack für verbindlich erklärt. Der Schiedspruch, der den Grundlohn von 84 auf 80 Pf. senkt, ist eine glatte Verhöhnung der Lage der Metallarbeiter. Der Unparteiliche des sächsischen Arbeitsministeriums betrachtet die elende Lohnzulage als einen ausreichenden Ausgleich für die in der letzten Zeit ungeheuer gestiegenen Lebenshaltungskosten. Diese Löhne sollten Gültigkeit haben bis Ende Dezember d. J. Die Industriellen, deren Reizher die Schiedsrichter durch ihre Zustimmung zum Vorlass der Regierungsrates Dr. Oph. den Schiedspruch möglich machten, haben sich für Annahme desselben erklärt und gleichzeitig die Verbindlichkeitsklärung beim sächsischen Arbeitsministerium beantragt. Der „Unparteiliche“ hat die Wünsche der Unternehmer in weitgehendstem Maße befriedigt.

Die Metallarbeiter Sachsens, deren elende Löhne ihnen immer das Hindernis einer besseren Lebensentwicklung für die künftige Arbeiterklasse gewesen sind, lebten in ihrer Generalisiertheit diesen allen Erwartungen höchstwahrscheinlichen Schiedspruch einmütig ab. Mit Zustimmung der Organisation traten am vergangenen Montag die Belegschaften der verschiedensten Großbetriebe Sachsens in den Streik. In einigen Betrieben, so bei Seibel u. Naumann, beantworteten die Unternehmer diese Kampfmaßnahmen der Metallarbeiter mit der Aussperrung der übrigen Belegschaft. Es war von vornherein zu erwarten, daß die Unternehmung der Metallindustrie mit der Gesamtaussperrung beantwortet werden, die nunmehr auch in allen übrigen Betrieben durch Anschläge für Sonnabend früh angeündigt worden ist. Auf Grund der beantragten Verbindlichkeitsklärung fanden am Mittwoch Einigungsverhandlungen zwischen den streikenden Parteien statt. Dabei erklärten die Arbeitgeber, unter keinen Umständen irgendwelche Erhöhung über die im Schiedspruch festgelegten Löhne bewilligen zu können, da nach ihrer Auffassung die vorgelegte Lohnhöhe von den meisten Betrieben jetzt schon nicht getragen werden könnte. In provokatorischer Weise verlangten die Gewerkschaften der Metallindustrie die sofortige Arbeitsaufnahme für Freitag, andernfalls die angeordnete Aussperrung am Sonnabend früh wirksam werde. Eine Verständigung zwischen den Vertragsparteien war unter diesen Umständen nicht möglich.

Mit diesen Drohungen glaubte man die Metallarbeiter auf die Knie zwingen zu können. Die Arbeitergüter wollen den Teufelsgriff der „alten, erfahrenen“ Gewerkschaftsleiter mit dem heftigsten Gegenstoß beantworten. In dieser Situation erweist den Industriellen der sozialdemokratische Landesrichter Haack, ehemaliger und langjähriger Bezirksleiter des Dresdener Arbeitervereins, jetziger Geheimrat der sächsischen Koalitionsregierung, seine treuen Dienste.

Das was niemand für möglich gehalten hätte und was allen bisherigen traurigen Erfahrungen mit diesem sozialdemokratischen Geheimrat der sächsischen Regierung die Krone aufsetzt, ist eingetreten.

Haack erklärt den Schiedspruch für verbindlich. Im Nachfolgenden bringen wir die Begründung, die dieser Vorgang der Arbeiterbewegung seinem Judaswert gibt. In der Entscheidung heißt es:

„Nachdem die Prüfung des Schiedspruches die weitestgehenden Voraussetzungen für die Verbindlichkeitsklärung derselben ergaben und ein großes öffentliches Interesse als wesentliche anerkannt wurde, war zu prüfen, ob die Verbindlichkeitsklärung geeignet ist, den Wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen.“

In einer anderen Stelle wird geschrieben: „Diesem Stimul gegenüber hat der Verband der Metallarbeiter die Aussperrung der übrigen Metallarbeiter bei seinen Mitgliedsbetrieben angebroht. Es sind dies 600 Firmen mit ca. 135 000 beschäftigten Metallarbeitern. Diese Aussperrung würde geeignet sein, das Wirtschaftliche Sachsens tief zu erschüttern. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches ist daher geeignet, da die Vertragsparteien, eine solche Maßnahme zu unterstützen.“

„Wird aus Gründen des öffentlichen Interesses“ sollen die Metallarbeiter wieder in die Betriebe gejagt werden. Aus Gründen des öffentlichen Interesses sollen sie vor den

Unternehmern zu Knechte kriechen, sollen sie weiterhin mit ihren Hundelöhnen die Prostituierten der Unternehmern füttern. Aus Gründen des öffentlichen Interesses“ soll den Gewerkschaften die weitere Führung, Unterstützung und Vertretung dieses Lohnkampfes unmöglich gemacht werden. Das ist nicht nur ein schwerer Schlag gegen die in berechtigtem Kampfe stehenden Metallarbeiter, das bedeutet praktisch einen

Anschlag auf die elementarsten Rechte der Arbeiter und der Gewerkschaften. Das bedeutet die Vernichtung des Streik- und Koalitionsrechts und die Auslieferung der Arbeiter unter das Joch der kapitalistischen Ausbeuter.

Hier zeigt sich den Metallarbeitern und der gesamten übrigen Arbeiterklasse das wahre Gesicht der demokratischen Republik, hier zeigt sie ihren wahren Inhalt. Sozialdemokratische Lakaien der Bourgeoisie bewahren sich als die besten Vertreter der Interessen der sächsischen Industriellen.

Die Metallarbeiter Sachsens stehen vor einer ernsten Entscheidung. Der von ihrem ehemaligen Bezirksleiter und jetzigen Landesrichter Haack auf Grund der famosen Schlichtungsordnung für verbindlich erklärte Schiedspruch schafft zwingendes Recht. Die Unterjochung des weiteren Kampfes ist ihnen Organisations durch die Entscheidung Haacks unmöglich gemacht worden.

Was bedeutet die Führung des DAB. zu tun? Will sie ihre Mitglieder, die in ernstem und schwerem Kampfe um die nackten Lebensinteressen stehen, diesem Anschlag ihres Parteigenossen Haack und den Zielen der Unternehmung ausliefern und damit von vornherein auf jeden ernsthaften Lohnkampf Verzicht leisten?

Metallarbeiter! Nehmt sofort in allen Betriebs- und Streikvereinigungen zu diesem unerhörten Angriff auf eure gewerkschaftlichen Rechte Stellung. Die Belegschaft des Sachsenwerkes hat es bereits getan und folgende Entscheidung einstimmig angenommen:

**Entscheidung.** Die von 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen beschlossene Versammlung des Sachsenwerkes hat den Bericht entgegengenommen. Jeder einzelne erkennt daraus, daß alle streikenden Arbeiter jederzeit Recht hatten mit ihrem scharfen Kampf gegen die Unternehmer und ihre Schlichter. Die Metallindustriellen im besonderen sehen ihre Rolle als Schlichter und Schlichtmacher aller reaktionären Bestrebungen. Ihre schamlosen Ausbeuterrollen und rücksichtslosen Naturgesetze werden von der Versammlung einmütig und schärfstens zurückgewiesen.

Auch die vorbereitenden Maßnahmen des Schlichters, des Wissenschaftlers der sächsischen Industriellen und der Koalitionsregierung, werden mit Mißtrauen verfolgt. Der Kampf in breiterer Front ist unvermeidlich geworden. Hierzu ist die gesamte Arbeiterklasse zur praktischen und soliden Unterstützung zu mobilisieren.

Die Versammlung verlangt von der Streikleitung vor entscheidenden Schritten eine Versammlung der Streikenden aller Betriebe im Zweck zur einwandfreien Information und Aussprache.

„Nehmt euch dem Vorgehen der Belegschaft des Sachsenwerkes an! Rühmt zum Kampf! Wehrt den Anschlag der Unternehmer und ihrer Lakaien ab!“

### Der Streik der Berliner Gemeindearbeiter abgewürgt

Die Infektion meldet unter dem 16. Juli: Die heutigen Verhandlungen zwischen den Direktoren der städtischen Gas- und Wasserwerke und den Arbeitern haben endlich zu einer Einigung geführt. Es wurde vereinbart, daß vom 1. August d. J. ab alle Lohnsätze für die männlichen Arbeiter um 5 Pf. pro Stunde, für die weiblichen Arbeiter um 4 Pf. pro Stunde erhöht werden. Dieses Lohnabkommen gilt fort bis zum 1. Oktober d. J.

Nach dieser Meldung ist der bevorstehende Streik der Berliner Gemeindearbeiter, gegen den der Berliner Polizeipräsident mit dem Einlage der Technischen Komitee drohte, abgewürgt worden. In den tagelangen Verhandlungen sind die Gemeindearbeiter mit 3 Pf. Erhöhung ihres Stundenlohnes abgepreßt worden. Die Bureaucraten des Gemeindearbeiterverbandes, die mit allen Mitteln arbeiteten, den Streik zu verhindern, haben es verstanden, die Arbeiter mit diesem elenden Zugeständnis abzuliefern.

### Die Angriffe und Drohungen der englischen Konservativen

Der wüsten Pressehege, dem Ballen der Fäuste, den Flüchen und Drohungen folgten, wie bekannt, Reueherungen verantwortlicher Staatsmänner Großbritanniens gegen die Sowjetunion, in diesen Reueherungen wiederholen die Herren Minister mit besonderer Wichtigkeit die gleichen Drohungen, die früher durch die Presse ausgesprochen wurden. England sucht schon längst die Gelegenheit, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verschärfen und entwickelt nach allen Seiten hin eine energische Tätigkeit. England war der geistige Urheber der Generalstabkonferenz der baltischen Staaten. England bildete mit Hilfe des Generals Corf sowjetfeindliche Truppen in Finnland. England besah Ungarn, die Kollaboration des Vertrages mit der Sowjetunion abzulehnen. Ueber direkten Befehl Englands hielt der österreichische Außenminister, Herr Matsa, seine berühmte „theoretische“ Rede, von der man in der Praxis verschämt abblenden mußte. England entsandte seine Flotte demonstrativ ins Baltische Meer. England stand und steht hinter dem Rücken Jantows, der die „Moskauer Regierung“ unzulässiger Verdrehungen beschuldigt. England intrigiert in Rumänien. England schafft gegen uns eine Kette von Staatenbündeln, deren Waffen gegen unsere Brust gerichtet sind. England versucht, eine finanzielle Blockade gegen uns durchzuführen. England droht uns mit dem Abbruch der Beziehungen und ruffelt mit dem Säbel. Und England wird Verbündete für sich, sucht sie in anderen Ländern, organisiert eine Einheitsfront gegen die Sowjetunion, gegen die Arbeiterklasse, gegen die Revolution, gegen China, gegen alles, was unter dem Banner der Freiheit steht.

Wir erlauben uns, den militärischen Flügel der englischen Konservativen darauf aufmerksam zu machen, daß er mit dem Feuer spielt.

Wir wissen sehr gut, daß die Arbeiterklassen aller Länder, darunter auch die englische Arbeiterklasse, schon Leuten einen Strich durch die Rechnung machen wird, die die Welt wieder in Brand setzen wollen, wahrscheinlich deshalb, weil ein Jahrzehnt seit dem Ausbruch des Krieges vorüber ist und die Bestien wieder Blut riechen wollen.

Die „Wolfsche Zeitung“ schreibt am 3. Juli: „In London beginnt man nervös zu werden, und der Druck auf Chamberlain, die Beziehungen mit Rußland in einer oder anderen Form abzubrechen, steigt. Der nüchterne Ton der Londoner Presse entspringt jedoch einer gewissen Ratlosigkeit, da selbst, wenn dem Bolschewist Rasowski die Fülle zur Verfügung gestellt würden, dies nicht mehr als eine Geste bedeuten würde, die keinen einzigen Schritt in der außereuropäischen Politik Englands nach sich ziehen, dafür aber die Position des französischen Verbündeten wesentlich beeinträchtigen würde.“

Wir werden es nicht versuchen, genau festzustellen, was für „Gesten“ von den gestikulierenden Militaristen Englands gemacht werden.

Es ist nur ein Erpressungsversuch oder wollen die Gehilanten mehr? Es ist möglich und sogar wahrscheinlich, daß sie mehr wollen und einen Angriff vorbereiten. Die heutigen Telegramme (7. Juli) sprechen dafür, daß das englische Kabinett sich vorbereitet, irgendeine diplomatische Kombe zu schmeißen. Es sind Gerüchte im Umlauf, daß der englische Botschafter dem französischen Außenminister Briand vorschlug, die Beziehungen zur Sowjetunion zu gleicher Zeit wie England abzubrechen und eine Blockade zu beginnen, die von der englischen Flotte im Baltischen und im Schwarzen Meer, von Polen und der Tschekoslowakei (unter Mitwirkung von Frankreich) sowie von Litauen, Estland, Lettland und Rumänien (unter Mitwirkung von England) zu Lande garantiert wäre.

Das wüste Geheul, das gegenwärtig von einem bedenkenden Teil der deutschen Presse (der natürlich schon von England gekauft wurde) erhoben wird, kann als eine gewisse Bestätigung der Gerüchte einer großangelegten Reueherung gegen die Sowjetunion dienen.

In beiden Fällen (sowohl im Falle eines großen Erpressungsversuches als auch, wenn es sich um etwas ernstes handelt) wird die Sache für die Urheber des Angriffes gegen die Sowjetunion traurig enden. Auf die Erpressung werden wir nicht eingehen.

Einen Angriff werden wir bereit abblenden, daß die Angreifer sich dafür nicht bedanken werden.

Fragmente von anderen Zeitungsseiten, teilweise unlesbar.